Die Berechenbarkeit der Politik

Eine Bemerkung zur Frage der normativen Interpretation von Leistungsbilanzsalden*

Von Gerhard Rübel, Mannheim

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher weltweiter Leistungsbilanzungleichgewichte diskutieren Issing / Masuch in einem interessanten Beitrag [Issing, O. / Masuch, K. (1989), Kredit und Kapital, 22, S. 1 - 17] die Frage, ob eine politische Zielvorgabe für den Leistungsbilanzsaldo als sinnvoll anzusehen ist und welche Schwierigkeiten bei der Implementierung einer solchen Vorgabe zu erwarten wären. Sie legen ihrer Argumentation eine intertemporale Betrachtung zugrunde, bei der der Leistungs- bzw. der Kapitalbilanzsaldo eines Landes das Ergebnis einer über die Gegenwart hinausgehenden Planung der Wirtschaftssubjekte darstellt. Bei diesem intertemporalen Ansatz der Zahlungsbilanztheorie bietet es sich an, von der Definition der Leistungsbilanz als Differenz zwischen gesamtwirtschaftlicher Ersparnis und gesamtwirtschaftlicher Nettoinvestition auszugehen und diese Größen im Rahmen einer mikroökonomisch fundierten Optimalplanung zu bestimmen. Dabei gelangt man zu der Aussage, daß auch ein positiver oder ein negativer Leistungsbilanzsaldo unter gegebenen Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaft ein optimaler Zustand sein kann und jeder Versuch, durch staatliche Einflußnahme eine ausgeglichene Leistungsbilanz zu erzwingen, Wohlfahrtsverluste zur Folge hätte. Im vorliegenden Beitrag, der eine Ergänzung der Diskussion von Issing / Masuch darstellt, wird gezeigt, daß nicht nur ein - wie auch immer ausgerichtetes reales staatliches Handeln, sondern auch die Berechenbarkeit der Politik Einfluß auf Vorzeichen und Größe des Leistungsbilanzsaldos hat und diesem Phänomen damit ebenfalls eine nicht zu unterschätzende wohlfahrtsrelevante Bedeutung zukommt.

Jede intertemporale Planung basiert auf Erwartungen über zukünftige Daten, wozu auch politische Maßnahmen zu zählen sind. Diese werden von den Wirtschaftssubjekten in ihrem Entscheidungskalkül berücksichtigt, beeinflussen ihre Investitions- und Sparentscheidungen und determinieren

^{*} Zum Beitrag Issing / Masuch in Heft 1/1989, Kredit und Kapital.

damit auch den Leistungs- bzw. Kapitalbilanzsaldo des Landes. Ist die Politik jedoch nicht berechenbar, d.h. werden bestimmte Handlungen erwartet (nicht erwartet), die dann kurzfristig verändert oder unterlassen (durchgeführt) werden, so waren die bereits realisierten Investitions- und Sparentscheidungen – und damit auch der Leistungsbilanzsaldo – suboptimal. Dieser Zusammenhang soll anhand eines einfachen Beispiels, das sich auf die Verhaltensstrukturen der privaten Konsumenten beschränkt, verdeutlicht werden. Auf analoge Weise kann auch gezeigt werden, daß die Investitionen durch falsch prognostizierte Zukunftsdaten ein suboptimales Niveau erreichen.

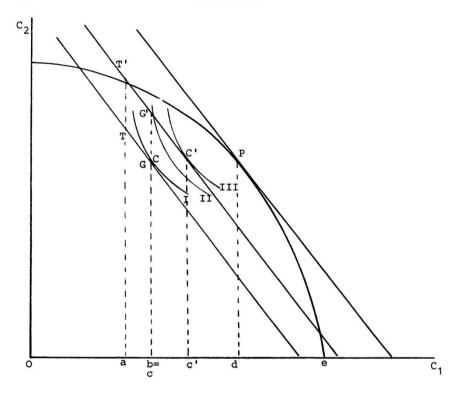
Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Zwei-Perioden-Planung der Abbildung 1 in *Issing / Masuch*, die durch eine explizite Berücksichtigung der staatlichen Inanspruchnahme des gesamtwirtschaftlichen Güterbergs erweitert wird. Auch das Staatsbudget soll über die Summe der beiden Perioden ausgeglichen sein; im hier unterstellten Beispiel liegt in Periode 1 ein Überschuß, in Periode 2 ein Defizit vor. Durch die Berücksichtigung des Staates kann zwischen der von Issing / Masuch benutzten gesamtwirtschaftlichen Kapitalmarktlinie und einer parallel unterhalb dieser Geraden verlaufenden Konsummöglichkeitskurve privater Güter unterschieden werden. Die Differenz zwischen den beiden Linien wird durch das Ausmaß der staatlichen Aktivität bestimmt². Im einzelnen gelten im hier unterstellten Beispiel für Periode 1 folgende Größen:

In den staatlichen Einnahmen- und Ausgabengrößen der Peirode 2 sei ein von den Wirtschaftssubjekten erwartetes fiskalpolitisches Vorhaben enthalten, dessen Realisierung aber kurzfristig, d.h. nach Ablauf der Periode 1

¹ Vgl. z.B. Rübel (1988).

² Auf die Berücksichtigung der Verfügbarkeit öffentlicher Güter in der Nutzenfunktion der Konsumenten wird hier verzichtet.

³ Man kann etwa annehmen, Investitionen werden voll aus einbehaltenen Gewinnen finanziert und entsprechen damit der Ersparnis der privaten Unternehmen.



ausgesetzt wird⁴. Bei korrekter Prognose des staatlichen Handelns ergibt sich gegenüber der oben skizzierten Planung folgende Modifikation:

Die Punkte T und G liegen senkrecht über den erwarteten Größen, was eine Konsummöglichkeitskurve privater Güter impliziert, die näher an der gesamtwirtschaftlichen Kapitalmarktlinie liegt. Der optimale private Konsum der Periode 1 ist größer, es wird Punkt C realisiert. Damit resultiert in Periode 1 als Optimalgröße ein Leistungsbilanzdefizit in Höhe der waagrechten Differenz zwischen den Punkten G und C.

Der Ausgleich der Leistungsbilanz, der sich aufgrund der erwarteten Größen ergibt, resultiert damit im hier diskutierten Beispiel aus der mangelnden Berechenbarkeit der Politik und stellt einen suboptimalen Zustand dar. Da die tatsächlichen Größen von Steuereinnahmen und Staatsausgaben der Periode 2 jedoch erst nach Ablauf der Periode 1 erkennbar werden, ist der

⁴ Wegen der Ausgeglichenheit des Staatsbudgets wird zur Vereinfachung angenommen, Steuern und Staatsausgaben sinken gegenüber der Ursprungsplanung um den gleichen Betrag.

optimale Konsumpunkt C' nicht realisierbar. Wegen des bereits erfolgten Konsums der Periode 1 in Höhe von Oc sind die Konsumenten gezwungen, auf ihrer nach oben verschobenen Konsummöglichkeitskurve Punkt G' zu realisieren, was jedoch mit dem geringeren Nutzenniveau II (gegenüber III) verbunden ist⁵.

Das hier skizzierte einfache Beispiel zeigt, daß nicht nur bewußtes staatliches Handeln zur Beeinflussung des Leistungs- bzw. des Kapitalbilanzsaldos einer kritischen Diskussion bedarf. Auch die mangelnde Berechenbarkeit der Politik, mag die Handlung als solche auch als geeignet angesehen werden, setzt falsche Signale. Diese haben Einfluß auf den Leistungs- bzw. Kapitalbilanzsaldo und führen zu einer suboptimalen internationalen Kapitalakkumulation.

Literatur

Issing, O. / Masuch, K. (1989): Zur Frage der normativen Interpretation von Leistungsbilanzsalden, Kredit und Kapital, 22, S. 1 - 17. – Rübel, G. (1988): Factors Determining External Debt – An Intertemporal Study, Berlin u. a.

⁵ Diese Aussage über die Nutzenniveaus gilt jedoch nicht generell gegenüber der Indifferenzkurve I, da hier ein höheres Volumen staatlicher Ausgaben vorliegt.